

Institut für Sozialwissenschaften – Politikwissenschaft  
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, 24118 Kiel

Bildungsausschuss des Schleswig-Holsteinischen  
Landtags  
z.Hd. Herrn Ole Schmidt

Landeshaus Postfach 7121  
24171 Kiel

**Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 19/6274**

Prof. Dr. Andreas Lutter  
Institut für Sozialwissenschaften  
Politikwissenschaft

☎ ++49 (0431) 880-3393  
lutter@politik.uni-kiel.de

Hausanschrift:  
Westring 400, 24118 Kiel  
Postanschrift für Päckchen + Pakete  
Olshausenstr. 40–60, 24118 Kiel

### **Fachgespräch zur Stärkung der politischen Bildung in der Schule (09. September 2021) – Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Knöfler, sehr geehrte Mitglieder des Bildungsausschusses,

vielen Dank für Ihre Einladung, der ich leider nicht nachkommen kann und mich daher schriftlich äußern möchte. Unter Bezugnahme auf den Antrag der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der SPD (Drucksache 19/1739) werde ich nachfolgend Stellung zu ausgewählten Aspekten der Stärkung politischer Bildung in der Schule nehmen (Schwerpunkt hier: verpflichtendes Mindestkontingent von sechs Jahreswochenstunden für das Fach Wirtschaft/Politik an weiterführenden Schulen). Zunächst gehe ich allgemein auf politische Bildung in der Schule ein, bevor ich ausgewählte Herausforderungen für das Land Schleswig-Holstein markiere. Dabei beziehe ich mich auf eine in den letzten Jahren öffentlich intensiv diskutierte, jährlich erscheinende Studie zur Lage der politischen Bildung in den Bundesländern. Abschließend formuliere ich einige Empfehlungen, die hinsichtlich einer bildungspolitischen Entscheidung zum vorliegenden Antrag aus meiner Sicht beachtenswert erscheinen.

Politische Bildung kann als ein in weiten Teilen etablierter Bestandteil des Fachkanons der allgemeinbildenden Schule betrachtet werden. Die schulische Praxis ist jedoch durch eine unübersichtliche Vielfalt an bestehenden Fachbezeichnungen, Fachzuschnitten und gewählter Zeitvolumina geprägt. Einschlägig ausgewiesene Fächer und Fachverbände speisen sich inhaltlich zumeist aus den Themen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft (zum Teil in Verbindung mit Recht) unter Perspektive der sozialwissenschaftlichen Bezugsdisziplinen (Beispiel: Wirtschaft/Politik). Zentrale Zielfiguren dieser Schulfächer stellen neben dem Erwerb politischen Wissens die Förderung von Kompetenzen des politischen Urteilens, Handelns sowie die Stärkung demokratischer Handlungsdispositionen dar. Schulfachlich organisierte politische Bildung baut damit auch die Brücke zu fachübergreifenden Maßnahmen demokratischen Lernens und einer partizipativen Schulkultur.

Das hier im Mittelpunkt stehende Schulfach Wirtschaft/Politik weist als ein einschlägiges Integrationsfach vielfältige Ähnlichkeiten zu bestehenden Fachstrukturen in anderen Bundesländern auf. Neben Gemeinsamkeiten lassen sich Unterschiede in der in der Gewährung zeitlicher Volumina in der Schule konstatieren. In diesem Zusammenhang wird seit längerem auf eine Erhöhung des Stellenwerts politischer Bildung im Fachkanon der Studententafel hingewiesen. Blickt man konkret auf eine – in der relevanten Öffentlichkeit recht prominent diskutierte Untersuchung zum Umfang politischer

Bildung in den Bundesländern in der Sekundarstufe I – dem „Ranking politischer Bildung“, sollte es eigentlich um die Situation politischer Bildung in Schleswig-Holstein außergewöhnlich gut bestellt sein. „Gymnasiasten in Hessen und Schleswig-Holstein haben acht Mal mehr Zeit für politische Bildung in der Schule als Schülerinnen und Schüler an Gymnasien in Bayern“ – so lautete die einleitende – leider irreführende – Aussage der Pressemitteilung zum ersten Ranking für das Jahr 2017 (Gökbudak, Hedtke 2018). Innerhalb der seitdem jährlich durchgeführten Folgeuntersuchungen landete Schleswig-Holstein durchweg auf den vorderen Plätzen, wenn auch zuletzt mit leicht absteigender Tendenz (seit der Ersterhebung für 2017 zunächst auf Platz 2, seit dem Jahr 2019 auf Platz 3 im Bereich des Gymnasiums sowie jeweils auf Platz 1 und im Jahr 2020 auf Platz 2 der nicht gymnasialen Schulformen). Blickt man näher auf diese Ergebnisse, so lassen sich daran trotz des auf den ersten Blicks vermeintlich guten Ergebnisses einige Herausforderungen für die politische Bildung der Schule in Schleswig-Holstein aufzeigen. Ohne auf die methodischen Spezifika vertiefend eingehen zu können, sei Folgendes angemerkt: Das Vorgehen des „Rankings“ fokussiert im Wesentlichen auf die formale „Ermöglichung“ der identifizierten „Leitfächer“ politischer Bildung, d.h. auf die jeweils schul- und bildungspolitisch formulierten (Zeit-)Vorgaben (prozentuale Stundentafelquote) der relevanten Kernfächer. Im Grunde genommen richtet sich der Blick hiermit also auf die politischer Bildung zugewiesene Lernzeit in der Schule. In der Untersuchung wird dazu die Kontingenzstundentafel (SH) zugrunde gelegt. Diese umfasst im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich des Gymnasiums die Fächer Geschichte, Geographie, Wirtschaft/Politik und Religion/Philosophie. Mangels anderslautender Regelungen wurde von den Autorinnen und Autoren der Studie eine Gleichverteilung zwischen den Fächern unterstellt, die aber nicht die Realität widerspiegelt. Tatsächlich regelt die Kontingenzstundentafel in Schleswig-Holstein nicht die Verteilung zwischen den Fächern im Einzelnen, sondern gibt sich mit einem einzelschulisch zu gestaltenden Gesamtanteil zufrieden. Lediglich Religion unterlag zum Untersuchungszeitpunkt mit einer Vorgabe von sechs Wochenstunden einer verbindlichen Erteilungsnorm. Mit anderen Worten: Die Schulpraxis kann von dem durchschnittlichen Anschein der Kontingenzstundentafel abweichen. Da Schulen in der Vergangenheit entsprechend der einzelschulischen Bedingungen und Fachpräferenzen Stundenanteile zuweisen konnten, stellten Gymnasien dem Fach Wirtschaft/Politik zumeist nur zwei bis drei Jahreswochenstunden in der gesamten Sekundarstufe I zur Verfügung (einige auch vier Jahreswochenstunden). Manche Schulen verzichteten gar vollständig auf die Erteilung von Wirtschaft/Politik-Unterricht. Konkrete Zahlen hierfür liegen von Seiten des Ministeriums für die Schuljahre 2017/2018 sowie 2018/2019 vor, wie aus der vor einiger Zeit formulierten Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage hervorgeht (Drucksache 19/1752). Vergleicht man diese Stundenpraxis (Gym) mit den erteilten Jahresstunden der weiteren gesellschaftswissenschaftlichen Fächer, kann durchaus von einer „Randständigkeit“ des Faches Wirtschaft/Politik gesprochen werden. Die Diskrepanz zwischen bildungspolitischer Vorgabe und schulischer Realität wurde inzwischen erkannt und zum Teil korrigiert. Bekanntlich wurde eine Verpflichtung zur Erteilung von mindestens vier Jahreswochenstunden Wirtschaft/Politik ausgegeben. Trotzdem: Rechnerisch würde man auch mit den bereits erhöhten Stundenvolumina wohl allenfalls im Mittelfeld landen. Um den „auf dem Papier“ erzielten Rankingerfolg in der Schule umsetzen zu können, müsste der Anteil politischer Bildung abermals verbindlich ausgeweitet werden.

Zudem greift das Ranking für die nichtgymnasialen Schulformen auf Weltkunde als Leitfach politischer Bildung an Gemeinschaftsschulen zurück. Die Fachschwerpunkte von Weltkunde als einem gesellschaftswissenschaftlichem Integrationsfach liegen jedoch nicht genuin auf politischer Bildung, sondern in einem weiteren gesellschaftswissenschaftlichem Zusammenhang vornehmlich auch auf Geographie und Geschichte.

Insgesamt verweisen diese Entwicklungen auf einen bildungs- und schulpolitischen Handlungsbedarf hinsichtlich

- erstens der Gewährung angemessener zeitlicher Voraussetzungen politischer Bildung (ausreichende Lernzeit) sowie
- zweitens einer Orientierung an dem genuin für politische Bildung ausgewiesenen Schulfach Wirtschaft/Politik an beiden weiterführenden Schularten (Gymnasien und Gemeinschaftsschulen) Schleswig-Holsteins.

Mit anderen Worten: Das sehr gute Ergebnis im Ranking legt Herausforderungen der Verankerung politischer Bildung in der Schule offen. Daher ist der Stellenwert politischer Bildung in Schleswig-Holstein im Lichte der dargelegten Aspekte differenziert zu betrachten. Von einer ausreichend zeitlichen und fachlichen Struktur politischer Bildung auf den Stundentafeln der Schulen kann bislang allenfalls teilweise gesprochen werden.

Die gemäß des hier zur Rede stehenden Antrags vorgeschlagene weitere Stärkung politischer Bildung (verpflichtendes Mindestkontingent von sechs Stunden) könnte die angesprochenen Problembereiche adressieren: Das bildungspolitische Signal eines verbindlichen Fachs politischer Bildung in Schleswig-Holstein für die weiterführenden Schularten (Gymnasium und Gemeinschaftsschule) würde die schulfachlichen Schwerpunkte im gesellschaftswissenschaftlichen Fächerspektrum kohärent eingrenzen. Zum anderen ließe sich der Stellenwert politischer Bildung an den Schulen substantiell verbessern. Dies betrifft alle Bereiche der weiteren Professionalisierung und Profilierung auf einzelschulischer Ebene. Hier würden zusätzlich gewährte Fachstunden die konkrete unterrichtliche Umsetzung der anspruchsvollen Fachanforderungen Wirtschaft/Politik erleichtern sowie die Behandlung von aktuellen Lern- und Problemfeldern politischer Bildung ermöglichen, die regelmäßig nicht im erforderlichen Umfang oder schlichtweg gar nicht unterrichtet werden können.

Eine weitere Erhöhung des Mindestkontingents für Wirtschaft/Politik in der Sekundarstufe I wäre beispielsweise im Sinne einer zeitlich gestuften Vorgehensweise (schrittweise Anhebung) zunächst auf fünf und später auf sechs Jahreswochenstunden denkbar. Dazu wäre ein mehrjähriger zeitlicher Korridor einzusetzen, der den Schulen die notwendige Entwicklung personell und organisatorisch ermöglicht. Den Schulen eröffnete sich damit die Gelegenheit, ihre schulfachliche Koordination (Kapazitäten, einzelschulische Curricula) perspektivisch fortzuentwickeln. Gemäß meiner Einschätzung ist hier keine Limitation beispielsweise durch die Kapazitäten der ausbildenden Universitäten im Land zu erkennen. Eine erneute Mangelfachzuordnung wäre zu prüfen.

Die Gewinner einer solchen Entwicklung in Schleswig-Holstein wären die Adressaten politischer Bildung. Die Schülerinnen und Schüler hätten vor dem Hintergrund der im vorliegenden Antrag teils angesprochenen massiven gesellschaftlichen Herausforderungen mehr Zeit und Gelegenheit, aktuelle und strukturelle Schlüsselprobleme – also grundlegende Fragen der Gestaltung des Zusammenlebens – im Rahmen von Fachunterricht gemeinsam zu bearbeiten.

Mit freundlichen Grüßen,

Andreas Lutter